

Goldsberg aus der Versammlung zu verweisen, weil er sich durch die Aufräumung an keine Mitglieder, die Arbeit aufzunehmen, als Streitbruchorganisator entlarvt hat.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der sozialistischen Gewerkschaftsmitglieder einstimmig angenommen.

Die Goldberg den Goed verließ, erklärte er vom DGB-Urgewerkschaftsrat Richter, er werde "daraus die Konsequenzen ziehen". Auf die Frage eines Mitgliedes der Streitleitung, ob er damit Meinte, daß

er weiterhin als Streitbruchorganisator tätigstehen wolle, erwiderte er frech: "Natürlich, das macht ich". Dieses unverhohlene Eingeständnis rief lebhaftverständlich die Empörung der gesamten Versammlung hervor.

Ein im DGB organisiertes Mitglied der Streitleitung stellte an den DGB-Urgewerksrat Richter die Frage, ob es wohl ist, daß der Vize Lehmann in einer Betriebsversammlung der Firma Peter Krentsch in Gelschnersdorf erklärt hat,

die Belegschaft von August Hoffmann habe es jenseit gebracht, daß etwa 150 neueingeschaffene Arbeiter wieder brocken würden.

es sollten nur die NSDAP-Kollegen und die Nazis wieder eingestellt werden und die DGB-Mitglieder auf der Straße bleiben. Weiter wurde gefragt, wie die Verbandsleitung zu dem Streit der Belegschaft steht.

Richter kammtelte verdeckt, daß er „es ablehne, sich hier vor ein Tribunal zu setzen zu lassen.“ Was Lehmann in Gelschnersdorf gesagt habe, wisse er nicht. Der Verband müsse sich, daß die Belegschaft in ihrem Kampf Erfolg habe. Außerdem gebe die Firma die tariflichen Löhne zahlen will und auf den Lohnabbau verzichte.

Bei einer „sehr neuen Situation“ geschlossen

und die Arbeiter müßten selbst entscheiden, was sie tun wollten. Man merkte seiner Rede an, daß ihm die Abfuhr die wenigen Minuten vorher sein christlicher Kumpel von der Belegschaft erhalten hatte, davon abseits, sich ebenfalls offen für die Wiederaufnahme der Arbeit einzuleben.

Der anwesende NSDAP-Vertreter schüberte eindringlich was die gewundene Erklärung Richters zu bedeuten hat, und es schüberte das schändliche Verhalten der DGB-Urgewerkschaft. Richter stellte das alles stillschweigend ein.

In dem Betrieb steht jetzt geht es drunter und darüber.

Über 10.000 Meter Stoff liegen in der Raude und verbergen völlig,

wenn die Firma nicht bald nachgibt. Einer der Chefs, Theodor Hoffmann, batte bei der Streitleitung geraten, sie sollte doch einige Arbeiter zur Verfügung stellen, damit der Streitshabende für die Firma nicht noch größer werde. Auf den Hinweis, daß die Betriebsleitung ja nur die Forderungen der Belegschaft zu erfüllen brauche, antwortete der Unternehmer: „Ich würde das ja gerne tun, aber alleine kann ich das nicht!“

Die Siegesgewissheit der Belegschaft ist also vollaus begründet. Um so verwirrender sind die Verwaltung-verdeckte, die von den Gewerkschaftsbüros unternommen werden, und die kurz vor dem endgültigen Sieg die proletarische Einheitsfront der Belegschaft zu spalten ver suchen.

Doch die Belegschaft steht in eigner Front seit zusammen und wird unter ihrer selbstgewählten revolutionären Führung bis zum Siege weiterkämpfen.

#### Papens „drakonische Maßnahmen“ in der Praxis

## Gehrs Monate Gefängnis für Streitposten angedroht!

**Duisburger Arbeitsgericht erlässt einstweilige Verfügung. Das geht alle Arbeiter an**

In seiner Bündner Rede hat Papen „drakonische Maßnahmen gegen Störung des Wirtschaftsprogramms“ angekündigt. Die Kapitalisten sichern sich prompt die Aliaientur, um mit ihrer Hilfe gegen die streikende Arbeiterschaft vorzugehen. Das Beispiel von Weizernes macht schnell Schule, wie nachfolgender Fall deutlich zeigt:

In Duisburg streift seit einigen Tagen die Belegschaft des Kabelwerkes. Es sind über 200 Arbeiter, davon zwei Drittel Frauen, die gegen einen Lohnabbau kämpfen. Die Direktion wundert sich nun noch verdriemt Müttern an das Arbeitstörn und erwirkt gegen sieben „angebliche“ Mitglieder der Streitleitung eine einstweilige Verfügung, in der es heißt:

„(Diesen sieben Arbeitern) wird durch einstweilige Verfügung unter Androhung einer Strafe bis zu 15.000 Mark oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten in jedem Fall der Zusammenhang verboden, selbst über andere an Gang- und Zugangspunkten zu dem Werk der Kabelherstellung sowie in der Nähe desselben Streitposten aufzuhalten, um die arbeitswilligen Arbeiter der Kabelherstellung oder solcher Arbeiter, die bei der Kabelherstellung Arbeit suchen wollen, an dem Nutzen oder der Ausübung der Arbeit durch Gewalt oder durch Bedrohung, eines Verbrechens oder Vergehens gegen deren Person oder deren Angehörigen und Eigentum zu verhindern (1).“

Die Behauptung ist durch eidesstattliche Verlängerung glaubhaft gemacht (1). Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Sache (1).

Duisburg, 18. Oktober 1932. Arbeitsgericht

ges. Schröder, Amtsgerichtsrat.“

Das ist ein neuer ungeheuerlicher Vorstoß der Nazis gegen die elementarsten Rechte der Arbeiter. 6 Monate Gefängnis sind für Streitpostenstechen angedroht.

Das geht die gesamte deutsche Arbeiterschaft an. In diesen Tagen muß von den kommunistischen Massen die Streitfreiheit, die Koalitionsfreiheit verteidigt werden. Je größere Massen an diesem Kampf teilnehmen, je größer am 8. November das Willensvotum für die Kommunistische Partei, um so wichtiger wird der Kampf sein. Keine Unterordnungsmöglichkeit wird den Unternehmern näher.

Dafür sorgen, daß Severing und andere SPD-Führer durch Einzug von Polizei gegen Streitende, durch Massenverhaftung von Streitposten die Maßnahmen der Papenregierung widerstehen. Rechnet ab mit den Wegbereitern des Faschismus, den SPD-Führern. Räumt um Trotz und Freiheit unter Führung der KPD und RSC!

#### Papen kündigt den bayrischen Kronprinzen

„Das Reich in seiner alten Herrlichkeit aufzurichten“

Reichspräsident Papen sollte nach seiner Rede vor den Industriellen in München eine längere Unterredung mit dem Ergebnis bringen. Wie überaus sprach Papen im Widerstreit mit dem bayerischen Staat, wo er nochmals seine Veröffentlichungspläne erläuterte. Und hier bestand er, daß jede Regierung von jeder Partei unabhängig auf „sozialen und politischen Grundsätzen“ politisch werden müsse.

Im Zusammenhang mit den von uns schon vorgetragenen bayerischen Plänen des Ergebnisses über eine monarchistische Re-

## GPD-Streitbruch in Papen-Betrieb

**Streitbrecher-Dermittlungsbüro von den Börsen des Fabrikarbeiterverbandes eingerichtet. Freigewerkschafftler gegen die Streitbrucharbeit**

Bielefeld, 14. Oktober

Der Streit der nahezu 1000 Mann breiten Belegschaft von Bitterfeld & Voig in Torgau ist gestern abgeschlossen worden, nachdem die Gewerkschaftsbürokratie eine ungleich gemischte, an die Methoden des berüchtigten gelben Knüppel-Kunge erinnernde Streitbruchaktion organisiert hat und den Kämpfern auf die schändliche Art in den Rücken gesessen ist. Das Berliner Hauptvorstandamtig, Appell zum Fabrikarbeiterverband hat gemeinsam mit den örtlichen Börsen des Verbandes die freigewerkschaftlichen Mitglieder der Streitleitung unter Druck gebracht und erreicht, daß sie mit ihnen hinter dem Rücken der Streitenden mit der Direktion verhandeln. Dort wurde festgelegt, daß am Donnerstag früh die Arbeit für 500 Mann der Belegschaft wieder angenommen werde, während die restlichen rund 400 Arbeiter im Verlauf der nächsten Woche wieder eingestellt werden sollten, so weit sie gebraucht werden. So haben also die Gewerkschaftsbüros eine grobgründige Wahrergeltung organisiert, die alle revolutionären Elemente, die die Führer der Belegschaft sind, auf der Straße lassen sollte. Führerlos gemacht, sollte dann der notwendige Rohstoffabbau der Belegschaft aufgesponnen werden.

Um Donnerstag früh löste die Streitbruchaktion der Börsen an den Börsenstreitposten vor dem Betrieb. In einer, noch nicht von einem Zehntel der Belegschaft besuchten Versammlung der Organisierten, hatten die Börsen den Beschluss zur Arbeitsaufnahme lassen sollen, nachdem sie in der gemeinsamen Weise gegen die Gewerkschaften gehandelt hatten. In einer von 700 Mann besuchten Belegschaftsversammlung brach ein ungeheuerer Sturm der Entzürzung über den verbrecherischen Streitbruch der Bürokratie aus. Die Börsen rückten dann ein regelrechtes Streitbrecherbüro ein und forderten ihre Getreuen auf, Erwerbslos mit zur Arbeit zu bringen. Es wurden Streitbrechern mit dem Stempel des Arbeitgeberverbandes ausgestattet und gegen 80 Mann gingen gestern als Streitbrecher in den Betrieb. Unter dem Schutz von schwerbewaffneter Polizei gingen sie unter Führung von Vertretern des Verbandes an die Arbeit.

#### Gegen die amerikanische Klassenjustiz

„Die heute im Arbeitersheim Dresden 2 verlassenen Funktionäre und Mitglieder der Kommunistischen Partei und anderer Arbeitsersorganisationen fordern energisch die sofortige Freilassung der acht unchuldig verurteilten Kämpferinnen von Scottishore. Sie geloben alles einzuleben, um die Freilassung der unchuldigen Hingerichteten von der amerikanischen Klassenjustiz zu erwirken!“

Diese Entschließung wurde an das amerikanische Konsulat in Dresden geschickt.

In der Belegschaft herrscht eine ungeheure Empörung über die Quartierkette der Bürokraten. Sie tödlich getötet, Kampf abgebrochen, um die Arbeiter nicht höheres zu schmecken und ihnen papieren Gewerkschaftsbüros zu verschaffen. Die Komplizenfreiheit ist ungebrochen und wird nach der zum Streit führen, wenn die Direktion nach der Wahlzeit die Arbeit trotzdem den Rohraub durchführen sollte.

#### GPD-Funktionäre begünstigen Lohnraub

Der Inhaber der Rationengroßfirma Böckel und Reinhard in Bielefeld, am Mittwoch einen Rohstoffvertrag unterschrieben, wonach mit Wirkung ab 10. Oktober ein Rohstoffpreis von 20 Prozent für die 31. bis 18. Stunde durchgeführt werden soll. In dieser Woche besteht kein Betriebsrat, nachdem die Firma die Betriebsstilllegung im September vorigen Jahres aufgezwungen hat. Lediglich zwei Gewerkschaften sind dabei beteiligt. Die Gewerkschaften haben sich selbst zu „Damenmännern“ gemacht und verhandelten sie nun lediglich eine Unterschriftenliste unter den 25 Kollegien, die nichts weiter als einen spontanen Protest darstellen. Diese Männer führen sie wahrscheinlich auf Antrag der Gewerkschaftsbürokratie durch, unterstreichen die Belegschaft nicht über das Ergebnis der Verhandlung.

Gestern fand nun eine von den oppositionellen Kollegen der Kartonage einberufene Versammlung statt, an der die Kolleginnen teilnahmen. Sie nahm zum Rohstoffbaunahtabzug Bezug und beschloß, heute eine Gewerkschaftsversammlung durchzuführen, die Kampfschlässe lassen soll. Die Belegschaft ist entschlossen, in den Streit zu treten. Um das zu verdeutlichen, treiben die zwei Beauftragten der Gewerkschaftsbürokratie ein Spiel im dunkeln, ergeben sich in papieren Protesten und so im Auftrag der Börsen des Unternehmers beim Rohstoff. Die Belegschaft muß den Agenten der Papenverbandsordnung einen Streit durch die Rechnung machen und den Kampf unter Führung einer selbstgewählten Streitleitung aufnehmen.

#### Nazistreitbrecher am Werk

Der vor einigen Tagen ausgebrochene Streit in der Eisenkonstruktionsfirma Steffens und Röhr geht geschlossen zum Aufschluß der SA-Leitung und Naziflügel als Streitbrecher eingeleitet worden. Unter Führung eines SA-Mannes marschierten jeden Morgen neue Mann in voller Uniform zur Arbeit in die KEDAP!

#### Streitverschärfung in Berlin

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht) Der Streit der Hasenarbeiter geht in vollem Umfang weiter. Gestern früh wird eine Versammlung der Binnenschiffer zum End-Stellung nehmen und die Unterstützung des Streits durch die Binnenschiffer beschließen. Der von Gewerkschaftsverbänden unterstützte Schlichter hat für heute früh den Schlichtungsausschuß einberufen und einen Schiedsspruch zu fällen.

Die RöO hat gestern in einem Blugblatt der Hasenarbeiter gegen den zu erwartenden Schiedsspruch die Hasenarbeiter zu läßt und die Streitenden aufgefordert, den Kampf bis zum vollen Sieg weiterzuführen. Die Kampfstimme ist ausgespielt. Bemerkenswert ist die Solidarität der erwerbstätigen Arbeiter, die ihre Vertreter in die Streitleitung gewählt haben.

Die Börsenarbeiter in Köpenick sind gegen die neuen Lebensverhüllungen geschlossen in den Streit getreten. Eine Kundgebung veranlaßt die Streitenden beider Gewerke einen Aufmarsch an alle Berliner Börsenarbeiter zum gemeinsamen Streit.

#### Erklärungen vor dem Staatsgerichtshof

Cölln, 14. Oktober (Eig. Drahtbericht) Neben den langen Reden, die Professoren über die Börsenverschärfung halten, gab es heute vor dem Staatsgerichtshof wieder ständig neue Erklärungen verschiedener Minister und der Vorgänge am 20. Juli. Die wichtigste dieser Erklärungen kamme vom

Reichsinnenminister Gaul, der sich ausdrücklich zu den Erklärungen Severings bezieht.

Die Erklärung Gauls schließt nach einigen Vorbüchern auf ein politisch erforderliches Mann“ Severing mit folgendem Wort:

„Behauptet, und nach den eigenen Aussagen des herren Ministers Severing festgestellt, ist die Tatsache, daß der heut Minister in der Unterredung vom 20. Juli aus sich selbst heraus auf die kommende Notwendigkeit der Vereinigung der Fliehmittel vom Reich und Preußen in deutlichen Worten hingewiesen hat.“

Im übrigen bewerte die Verhandlung auf ein Kompromiß hin. Man will die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellen, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomödie geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomöde geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomöde geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

Die Leipziger Justizkomöde geht ihrem Ende zu. Am 10. November wird die preußische Polizei dem Reichsminister des Innern unterstellt, die anderen Ministerien jedoch selbst lassen. Bezeichnenderweise ging dieser Kompromissvorschlag einem Vertreter Preußens aus.

## Polizeiaktion gegen proletarische Verlage

Erfolgreiche Hausdurchsuchungen in kommunistischen Zeitungsbetrieben

#### Gegen Krieg darf nicht gesprochen werden

Eine von der Kommunistischen Partei gehaltene abendliche große Wahlkundgebung in Altem Rathaus in Berlin wurde fast nach Eröffnung durch die Polizei aufgelöst. Der Rektor des Gymnasiums Dr. Langen soll „untergeordnet“ gewesen sein, daß er immer noch nicht glauben wollte, ob der Spiel vor dem Staatsgerichtshof ein Reklamemarsch ist. Führer werden sollte, das Severing und Co. aber erneut einen

angefangen. Gegen den imperialistischen Krieg darf nicht mehr gesprochen werden.

Die Versammlung, die bereits eine halbe Stunde vor Beginn abgesetzt war, läuft auf unter dem Schlagwort des „Antimilitarismus“ und „Anti-Faschismus“ in ununterbrochener Dielenläufe